



Holger Trampert
Chefredaktion

Weiter so wie bisher!?

Was gab es nicht alles für tolle Aktionen gegen das Beitragssicherungsgesetz Ende letzten Jahres! Demonstrationen in Berlin und in vielen anderen Städten, Autokorsos, Ankettungen an die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, eine Aktion „Laborschlüssel“ für die Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, und angelehnt an die „Letzte-Hemd-Aktionen“ einen alten Kittel für den Kanzler. Doch seit dem zwanzigsten Dezember, an dem der Bundestag mit den Stimmen der Koalition – der so genannten Kanzlermehrheit – den Einspruch des Bundesrates überstimmt und somit die Sparpakete zur Renten- und Krankenversicherung, die Neuregelung der Ökosteuer sowie Teile des Hartz-Konzepts verabschiedet hat, ist Ruhe an der zahntechnischen Front. Viele erhoffen sich noch eine Änderung durch die anhängigen Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht, doch wann dort eine Entscheidung ansteht ist ungewiss.

Also verfahren erstmal alle nach dem Motto „business as usual“, um angeblich zu retten, was noch zu retten ist. Dass damit die Argumentation „minus fünf Prozent sind der Ruin für die Zahntechnik“ konterkariert wird, dürfte doch jedem klar sein. Zumal die Ideen, die nun aufkeimen, wie zum Beispiel Einsparpotenziale bei den Lieferanten zu suchen, Unwirtschaftliches bei den Betriebsabläufen aufzudecken und Investitionen auf ihre Wirtschaftlichkeit hin zu überprüfen, ohnehin zu den ständigen Aufgaben eines Unternehmens gehören. Auch die Anpassung von Produktionskapazitäten – speziell die Einstellung oder Entlassung von Mitarbeitern – ist eine solche ständige Aufgabe für einen gewinnorientierten Wirtschaftsbetrieb. Gewiss verhilft das dem einen oder anderen zu mehr Wirtschaftlichkeit, doch das grundlegende Problem einer Erlösminderung um fünf Prozent ist damit nicht beseitigt. Das gilt auch für den Versuch der Kompensation mit Preiserhöhung im BEB-Bereich, denn hier befindet sich der Betrieb in einer Art Marktwirtschaft. Das heißt, die Preise unterliegen dem

„Wenn sich herausstellt, dass die Zahntechniker nach einer Absenkung der Preise für Zahnersatz noch die gleiche Qualität liefern können und der Patient die gleiche Leistung für geringere Kosten bekommt, muss man davon ausgehen, dass die Kassen jahrelang Geld zum Fenster heraus geworfen haben.“

[Rita Süßmuth]

Marktgesetz von Angebot und Nachfrage. Welche Auswirkungen das hat, konnte man gut im Einzelhandel und der Gastronomie bei der Einführung des Euro beobachten. Also auch hier sind Grenzen, und der Verband der privaten Krankenversicherer will sich einer solchen Entwicklung heftig entgegenstellen und droht mit Einkaufsmodellen von in- und ausländischen Anbietern.

Doch was nun tun angesichts der Problematik? Eine Möglichkeit wäre ein breiter Konsens mit den Ärzten, doch dafür müssten jahrelang gepflegte Feindschaften beseitigt werden. An einer Verständigung auf der Ebene der Innungen und der KZVen sollte doch allen gelegen sein. Denn auch die Zahnärzte – zumindest die Basis – wollen ein Miteinander. Gewiss ist deren wirtschaftliche Not nicht so groß wie die der Zahntechniker, doch auch sie können momentan nicht auf den Umsatzanteil „ZE“ verzichten. Eine Chance der Verständigung ist also gegeben. Man sollte sie nutzen, denn wenn wir unsere Leistungen wie bisher verschleudern bei gleichen kurzen Terminen und minutengenaue Anlieferung wird uns das berechtigterweise wie von Frau Süßmuth beim Podiumsgespräch der Bego-Dialoge in Bremen ausgelegt.

Es kann eben nicht so weitergehen wie bisher!